

# Service public – Messlatte für Parlamentarierinnen und Parlamentarier

Die Aktionsgemeinschaft für den Service public fordert die eidgenössischen Räte in einer Broschüre auf, sich für die Beibehaltung einer guten Qualität der öffentlichen Dienste einzusetzen. Der LCH verlangt unter anderem den Ausbau von Tagesstrukturen und ICT an den Schulen.



Vornehme Aufgabe und wertvolles Gut für den Staat: Illustrationen von Jürg Parli aus der Service public-Broschüre.

Der 15. September ist Tag des Service public. Ins Leben gerufen wurde dieser nationale Aktionstag im Jahre 2004 von der Aktionsgemeinschaft für den Service public. Diese besteht aus den Verbänden des im öffentlichen Sektor tätigen Personals (vgl. Seite 7). Sie setzt sich für die Beibehaltung und Förderung der öffentlichen Dienste ein.

Die diesjährige Aktion richtet sich an Parlamentarierinnen und Parlamentarier des National- und Ständerates. In einer Broschüre nennt die Aktionsgemeinschaft 40 Legislaturziele. Politikerinnen und Politiker werden aufgefordert, sich für diese Anliegen starkzumachen. Die aufgeführten Legislaturziele betreffen die wichtigsten Bereiche des Service public, nämlich Bildung, Gesundheit, Verkehr und Kommunikation,

Strom- und Wasserversorgung, Verwaltung und Justiz, Information, Sozialwesen, Rettungs-, Polizei- und Grenzdienste sowie Verteidigung.

«Im Oktober wird das eidgenössische Parlament neu gewählt. Die Aktionsgemeinschaft für den Service public wünscht sich ein Parlament, das den Service public konsolidiert», betonte der diesjährige Präsident der Aktionsgemeinschaft, Pierre-André Tschanz (PVB), an einer Medienkonferenz Mitte September in Bern.

## LCH fordert ein chancengerechtes Bildungswesen

Der Dachverband Schweizer Lehrerinnen und Lehrer LCH ist Mitglied der Aktionsgemeinschaft und Mitunterzeichner der Broschüre. Er fordert den

Bund auf, in den kommenden Jahren für die Umsetzung des neuen Bildungsartikels, den das Volk im Mai 2006 angenommen hatte, zu sorgen. «Es geht darum, in den nächsten vier Jahren auf der Basis dieser neuen Verfassung einen Beitrag zu leisten zu einem erstklassigen und chancengerechten Bildungswesen», betonte der Zentralpräsident des LCH, Beat W. Zemp, vor den Medien.

Konkrete Ziele für den Bildungsbereich, wie sie auch in der Broschüre genannt werden, sind:

- Ausbau von Tagesschulen und Tagesstrukturen: «Die Betreuung von Kindern und Jugendlichen wird durch den Ausbau von Tagesschulen und anderen Formen von Tagesstrukturen verbessert. Ein flächendeckendes und bedarfsgerechtes Angebot von Tagesstrukturen wird in der Bundesverfassung verankert.» Die Gemeinden und Kantone werden aufgefordert, diesen Anspruch bedarfsgerecht zu realisieren.
- Integration von ICT an den Schulen: Fortschritte im Bereich der Informations- und Kommunikationstechniken an den Schulen sollen gesichert und weiter ausgebaut werden. Die Aktionsgemeinschaft fordert den Bund auf, sein Engagement im Bereich ICT zu erneuern, zum Beispiel durch eine abgesicherte Finanzierung des Bildungsservers und der nationalen Fachstelle für ICT und Bildung: «Bei der Integration von Informations- und Kommunikationstechnologien an allen Schulen gewährt der Bund Unterstützung. Die finanziellen Mittel dafür werden im Rahmen der Strategie für eine Informationsgesellschaft Schweiz bewilligt. Ein digitaler Graben im Bildungswesen wird so verhindert.»
- Stärkung der beruflichen Grund- und Weiterbildung: Jeder Jugendliche soll

Anrecht haben auf eine gute berufliche Ausbildung. Der Bund soll aber auch eine regelmässige Weiterbildung für Erwachsene fördern. «Die berufliche Grund- und Weiterbildung wird gestärkt. Jede und jeder Jugendliche hat Anrecht auf eine berufliche Grundausbildung. Erwachsene brauchen eine regelmässige berufliche Weiterbildung. Der Bund unterschreitet seinen gesetzlich vorgeschriebenen Anteil von 25 Prozent der Berufsbildungskosten nicht mehr länger.»

- Schulversagen bekämpfen: Risikoschülerinnen und -schüler – dazu zählen die 16 Prozent der Jugendlichen, die in den PISA-Tests Niveau 1 nicht erreichen – brauchen verstärkte Unterstützung. Gefordert sind unter anderem kleinere Klassen. «Schulversagen und sozialer Ausschluss von Kindern und Jugendlichen werden bekämpft. Der Bund unterstützt die ausserschulische Arbeit mit Kindern und Jugendlichen und wirkt auf die Kantone ein, damit die Lehrkräfte aller Stufen genügend Zeit für die individuelle Betreuung der Auszubildenden haben.»

**Vorlage für die Kantonalsektionen**

Der LCH verschickt die Broschüre der Aktionsgemeinschaft für den Service public an seine Kantonalsektionen und Mitgliedsorganisationen. Diese sind aufgerufen, die darin genannten 40 Legislaturziele auch ihren kantonalen Parlamentarierinnen und Parlamentariern ans Herz zu legen, mit dem Ziel, Unterstützung für die Anliegen zu finden. Schliesslich sollen die zu wählenden Politikerinnen und Politiker an ihren Bekenntnissen zu einem starken Service public gemessen werden.

«Die Aktionsgemeinschaft für den Service public ruft die Wählerinnen und Wähler auf, Politikerinnen und Politiker ins eidgenössische Parlament zu wählen, welche diese Ziele mittragen und so dazu beitragen, eine der wichtigsten Errungenschaften in der Geschichte der Schweiz zu erhalten: Einen erstklassigen Service public, der für den wirtschaftlichen Wohlstand und die soziale Kohäsion entscheidend ist», betonten die unterzeichnenden Verbände.

Doris Fischer

**Wer ist die Aktionsgemeinschaft für den Service public?**

Der Aktionsgemeinschaft für den Service public gehören 17 Arbeitnehmerorganisationen und Berufsverbände des öffentlichen Sektors mit insgesamt 330 000 Mitgliedern an. Namentlich sind dies:

- AvenirSocial Professionelle Soziale Arbeit Schweiz
- gargaNto Die Gewerkschaft des Zoll- und Grenzwachtpersonals
- Gewerkschaft Kommunikation
- KV Schweiz Kaufmännischer Verband Schweiz
- LCH Dachverband Schweizer Lehrerinnen und Lehrer
- PVB Personalverband des Bundes
- SBK Schweizer Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner
- SER Syndicat des enseignants romands
- SEV Schweizerischer Eisenbahner- und Verkehrspersonal-Verband
- SHV Schweizerischer Hebammenverband
- SSM Schweizer Syndikat Medienschaffender
- Syna – die Gewerkschaft
- transfair Christliche Gewerkschaft Service public und Dienstleistungen Schweiz

- VPOD Schweizer Verband des Personals öffentlicher Dienste
- VSAO Verband Schweizerischer Assistenten- und Oberärztinnen und -ärzte
- VSPB Verband Schweizer Polizeibeamter
- ZV Zentralverband Staats- und Gemeindepersonal Schweiz

Mit einer jährlich wechselnden Aktion setzt sich die Aktionsgemeinschaft für den Service public für die Stärkung der öffentlichen Dienste ein. Dieses Jahr haben die Verantwortlichen eine Broschüre mit 40 Legislaturzielen für die nächsten vier Jahre ausgearbeitet. Darin fordern sie Politikerinnen und Politiker der eidgenössischen Räte auf, diese Ziele mitzutragen und mitzuhelfen, einen erstklassigen Service public für die ganze Schweiz zu bewahren und zu schützen. Unterstützt wird die diesjährige Aktion auch von der Ebenrain-Konferenz (Allianz der Arbeitnehmenden), welche von Beat W. Zemp, Zentralpräsident des LCH, präsidiert wird.

**Weiter im Text**

Die Broschüre ist erhältlich beim Zentralsekretariat des LCH, Ringstrasse 54, 8057 Zürich, Telefon 044 315 54 54; E-Mail [adressen@lch.ch](mailto:adressen@lch.ch)

